

Büro Hans-Dietrich Genscher

Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

"Die europäische Verantwortung der Deutschen"

am 1. November 2012

im Willy Brandt-Haus, Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Vorsitzender,

meine sehr verehrten Damen, meine Herren.

Ihnen, Herr Vorsitzender, danke ich sehr herzlich dafür, dass Sie mich eingeladen haben, hier in diesem Hause, das den Namen einer der großen Persönlichkeiten der Deutschen Geschichte trägt, meine Gedanken über die Verantwortung der Deutschen für Europa auszubreiten.

Willy Brandt wusste um unsere geschichtliche Verantwortung.

Sein Kniefall in Warschau legte davon Zeugnis ab.

Es machte die moralische Dimension dieser historischen Geste aus, dass er zu denen gehörte, die sich früh und ganz und gar gegen das Unrecht aufgelehnt hatten. Dass es Zeiten nach dem Kriege gab, in denen er sich für seine Emigration rechtfertigen musste, lässt erkennen, wie lang der Weg war, den manche zurücklegen mussten, bis sie unsere Verantwortung erkennen konnten.

Herr Vorsitzender, natürlich finde ich es schön, dass ich meine Gedanken aus liberaler Sicht hier in diesem Haus ausbreiten kann.

Vor diesem Hintergrund ist es unvermeidlich, dass mancher Beobachter der Berliner Szene Betrachtungen über Grund und Motiv dieser nicht alltäglichen Einladung an mich und der nicht selbstverständlichen Annahme dieser Einladung durch mich anstellt.

Natürlich haben wir beide, lieber Herr Gabriel, uns dabei etwas gedacht.

Sie, der Einladende, so wie ich ihn kenne und wie ich ihn einschätze.

Und ich, der Eingeladene, wie Sie mich kennen und wie Sie mich einschätzen.

Da es um eine ganz ernsthafte und um eine schwerwiegende Sache geht, die hier unter dem Redetitel "Die Verantwortung der Deutschen für Europa" zu behandeln ist, will ich auch ganz offen und ohne jeden Vorbehalt aussprechen, worum es mir bei diesem Auftritt hier in diesem Hause geht.

Ich will zeigen, bei allen Gegensätzen, bei allen Problemen und Streitigkeiten, die die politische See an der Oberfläche bewegen, steht eines in dieser Republik unumstößlich fest:

Wenn es um Europa geht, stehen die demokratischen Parteien unseres Landes fest zueinander und damit fest miteinander für Europa.

Nach unserer Geschichte und wegen eben dieser Verantwortung der Deutschen für Europa darf es in dieser Frage keine Unklarheiten und keine Zweideutigkeiten geben.

Uns eint der Wille zum europäischen Deutschland.

Und damit sind wir mitten in unserem Thema.

Zwei große Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte, zwei große Bundespräsidenten, haben sich dazu erklärt.

Gustav Heinemann sagte in der ihm eigenen schnörkellosen, lakonischen Sprache: "Wir Deutschen haben ein schwieriges Vaterland".

Richard von Weizsäcker lieferte eine der Begründungen dafür mit der Feststellung: "Unsere Geschichte hat uns nie allein gehört".

Wie wahr diese Feststellung ist, wird täglich neu deutlich.

Zu den häufig gebrauchten, manchmal als eine Art Leerformel missbrauchten, in Wahrheit großartigen Bekenntnissen gehört das Wort, das Thomas Mann 1947 an die Deutsche Jugend richtete:

"Was wir wollen, ist nicht ein deutsches Europa, was wir wollen, ist ein europäisches Deutschland".

Das war die historische Festlegung der Deutschen auf den Bau des europäischen Hauses.

Es war die Absage an deutsche Vorherrschaftsträume der Vergangenheit und es war die Absage an deutsche Alleingänge und damit an deutsche Unberechenbarkeit.

Bei dieser Absage muss es bleiben und dabei wird es bleiben.

Thomas Mann forderte nicht mehr und nicht weniger als die Besinnung der Deutschen auf ihre europäische Verantwortung

Ein Blick auf die europäische Landkarte zeigt, wir sind das Land mit den meisten Nachbarn.

Gewiss, wir sind größer als jeder einzelne von ihnen.

Aber kleiner als sie alle zusammen.

Ein Umstand, den mancher in der Vergangenheit großzügig zu übersehen neigte.

Die anderen großen Völker Europas leben in geographischen Randlagen.

Mitten auf ihrer Insel die Briten, die Franzosen mit einer großen atlantischen und mediterranen Küste.

Ähnlich die Spanier.

Die Italiener auf einer Halbinsel.

Die Russen in den Tiefen des großen, russischen Raumes in Europa und Asien.

Und die Deutschen - man neigt dazu, salopp zu sagen: "mittendrin".

Geht dies nur den Deutschen so?

Nein, ein anderes großes Volk ist in ähnlicher Lage.

Ich meine unsere östlichen Nachbarn, die Polen, die Jahrhunderte lang Spielball deutsch-russischer Rivalitäten und manchmal schlimmer noch, deutsch-russischer Gemeinsamkeiten wurden.

Doch nicht nur die Polen wurden die Opfer von Rivalitäten anderer großer Mächte in Europa.

Europäische Bruderkriege gab es zu allen Zeiten.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts schließlich war gekennzeichnet durch den Ersten Weltkrieg und schließlich durch den verbrecherischen Vernichtungskrieg Hitlers.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde alles anders.

Die Zeit wurde nicht nur gekennzeichnet durch den schnell beginnenden kalten Krieg, sondern auch durch den erfolgreichen Versuch, das demokratische Europa zu einen.

Und das ermutigt durch Winston Churchill mit seiner historischen Rede in Zürich im September 1946 und mit der nicht weniger bedeutsamen Aufforderung durch den amerikanischen Außenminister Byrnes wenige Tage später in Stuttgart, Europa solle den Wiederaufbau des geschundenen Kontinents als gemeinsame Aufgabe erkennen und die besiegten Deutschen seien dabei einzubeziehen, Amerika werde diesen Wiederaufbau nachhaltig unterstützen.

Die Idee des Marshall-Plans war damit geboren.

Was eröffnete sich damit für das besiegte Deutschland, das nicht nur eine menschliche, eine materielle und eine militärische Katastrophe, sondern zuallererst eine moralische Katastrophe zu bewältigen hatte?

Viel ist darüber schon gesprochen und geschrieben worden.

Es war die Einladung zur Rückkehr der Deutschen in die Gemeinschaft der demokratischen Völker Europas.

Das war nicht wenig angesichts der schrecklichen, der dunklen zwölf Jahre.

Aber alles das war nur möglich mit einem Deutschland der guten Nachbarschaft.

Ich stieß in der Freien Hansestadt Bremen, wo ich nach meinem Weggang aus der DDR 1952 einen neuen Anfang suchte, auf die Aussage eines großen Bremer Bürgermeisters.

Sein Name war Arnold Duckwitz.

Er sorgte sich am Ende des 19. Jahrhunderts, nach Bildung des Kaiserreiches 1871, um die Zukunft der drei Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck und hier natürlich besonders um die Zukunft Bremens.

In seinen Erinnerungen hinterlässt er seinen Nachfolgern eine Staatsphilosophie für Bremen, die in abgewandelter Form auch für Deutschland gelten könnte.

Duckwitz schrieb: "Ein kleiner Staat wie Bremen im Deutschen Reich sollte sein Verhalten immer so einrichten, dass die anderen Staaten im Deutschen Reich die Existenz Bremens als Unterpfand auch des eigenen Glücks empfinden.

Das ist die beste Garantie für eine glückliche Zukunft Bremens."

Ich habe mich oft gefragt und tue das auch heute vor Ihnen:

Was wäre Deutschland, was wäre Europa erspart geblieben, wenn es immer Maxime deutscher Politik gewesen wäre zu sagen "ein großes Volk wie das der Deutschen, als Volk mit den meisten Nachbarn, muss sein Verhalten immer so einrichten, dass die anderen Völker Europas die Existenz der Deutschen auch als Unterpfand des eigenen Glücks empfinden".

Wir wissen, dass das beileibe nicht immer deutsche Staatsräson gewesen ist - im Gegenteil, wenn ich an die dunklen zwölf Jahre denke.

Die deutsche Nachkriegspolitik war in vielen Fragen, vor allem was die Außenpolitik angeht, Gegenstand leidenschaftlicher Debatten, aber sie hat sich stets - unabhängig davon, wer regierte - der europäischen Verantwortung der Deutschen gestellt.

Nur auf diesem Wege, auf keinem anderen, war es möglich, dass wir heute sagen können: "Europa ist zu einem Kontinent des Friedens geworden."

Aus einem kontinentalen Schlachtfeld wurde eine kontinentale Zukunftswerkstatt für den inneren und äußeren Frieden der europäischen Völker.

Und das beispielhaft eben nicht nur für unseren Kontinent, sondern mit der These: "Man kann aus der Geschichte auch lernen" - für die ganze Welt.

Und die Bundesrepublik Deutschland war bei dem Entstehen dieses europäischen Grundverständnisses von Anfang an dabei.

Deutschland gehörte zu den sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

Was andere als Einschränkung auch eigener Handlungsmöglichkeiten empfunden haben mögen, wurde für die Deutschen zur Rückkehr an den Tisch der gesitteten Nationen, der europäischen Demokratien.

Deutschland leistete seinen entscheidenden Beitrag für Sicherheit und Stabilität während des kalten Krieges.

Der deutsche Beitrag war - politisch und militärisch - der wichtigste und größte aller europäischen Bündnispartner.

Deutschland war es auch, das mit den Ostverträgen nicht nur den eigenen Weg zur Verständigung mit dem Osten öffnete, es stieß damit auch das Tor auf für die große Friedens- und Menschenrechtsinitiative KSZE.

Die Schlussakte von Helsinki entfaltete ihre systemöffnende Wirkung.

Die Spaltung des eigenen Landes, untrennbar damit verbunden die Spaltung des Kontinents, konnte überwunden werden.

In der Freude über den Fall der Mauer, über die Vereinigung unseres Landes und des Kontinents wurde manchem gar nicht bewusst, was sich in den Jahren 1989 und 1990 vollzog.

Niemals in der wechselvollen und oft blutigen Geschichte Europas waren sich die Völker so nahe wie in jenen Monaten.

In Prag hofften die Prager auf die Freiheit der Flüchtlinge in der Botschaft, weil sie wussten, deren Freiheit würde auch die eigene bewirken.

Die Polen hofften auf die Vereinigung der Deutschen, weil sie ihnen die Nachbarschaft zu EG und Nato bringen würde.

Heute sind sie deren Mitglieder.

Es kam zu einer europäischen Freiheitsrevolution und wir Deutschen konnten Dank des Freiheitswillens unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der DDR feststellen: Diesmal, als es um die Freiheit in Europa ging, waren die Deutschen dabei und das auf der richtigen Seite.

Das Europa der 27 ist die logische Konsequenz aus den Ereignissen von damals. Aus dem europäischen Haus der EG, also dem Europa der Anfangsjahrzehnte, das in Wahrheit nur eine westliche Doppelhaushälfte war, wurde nach dem Fall der Mauer das ganze europäische Haus von heute.

Zu einer stabilen Statik des europäischen Hauses gehören als tragende Pfeiler nicht nur die deutsch-französische Partnerschaft, sondern genauso die deutsch-polnische Partnerschaft wie auch die polnisch-französische Partnerschaft.

Das Weimarer Dreieck: Paris, Berlin, Warschau muss endlich Wirklichkeit werden. Und zur Stabilität des ganzen Europas gehört die Verlängerung der europäischen Sicherheitsarchitektur, wie Nato und OSZE es bezeugen, das heißt die Einbeziehung der nordamerikanischen Demokratien USA und Kanada.

Andererseits muss gesehen werden: Europa endet nicht an der polnischen Ostgrenze.

EU und Russland leben auf der selben Landmasse.

Sie sind in vielfältiger Weise aufeinander angewiesen und schicksalhaft miteinander verbunden.

Und nicht minder wichtig: Sie können sich gegenseitig viel geben, politisch, sicherheitspolitisch, energiepolitisch.

Die Modernisierung Russlands ist für Russland essentiell.

Und sie liegt in hohem Maße auch im Interesse der EU-Europäer.

Heute stellt die griechische Finanzkrise - man kann auch sagen die griechische Finanzkatastrophe - das griechische Volk vor eine Belastungsprobe von historischem Ausmaß.

Das gilt für jeden Bürger dieses Ursprungslandes der Demokratie.

Es gilt in verstärktem Maße vor allem für diejenigen, die politische Verantwortung tragen, für die griechischen Politiker, die in der Vergangenheit versagten, und für die, die es jetzt auf sich nehmen, dem griechischen Volk mit großen Zumutungen den Weg in die Zukunft zu bahnen.

Was jetzt geschieht, ist auch eine Frage an diejenigen, die die Profiteure der Fehler der Vergangenheit waren und die jetzt versuchen, sich durch Kapitalflucht den Folgen des früheren Fehlverhaltens zu entziehen.

Man kann deshalb die Wut verstehen, die die kleinen Leute erfüllt, die die Hauptlast der zu treffenden Entscheidungen zu tragen haben und sie aber am schmerzlichsten empfinden.

Die griechische Regierung verdient um so größeren Respekt für die ebenso schmerzlichen wie mutigen Entscheidungen, die notwendig waren, um die Fehler der Vergangenheit zu überwinden und einen Neuanfang möglich zu machen.

Die ersten positiven Auswirkungen sind erkennbar.

Das wird zu Recht von den internationalen Finanzinstitutionen anerkannt.

Unerwartet und unversehens ist aber auch die Lage Griechenlands zum Testfall für die Europafähigkeit mancher unserer deutschen Landsleute geworden.

Die Art, wie sich manche über "die Griechen" ausgelassen haben, lässt erkennen, dass manchen offensichtlich noch immer nicht bewusst ist, dass nicht nur jeder Mensch Träger einer eigenen Würde ist, sondern auch jedes Volk.

Das neue Europa nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte das Bewusstsein einer europäischen Schicksalsgemeinschaft.

In diesem Bekenntnis liegt auch der innere Grund für die Einladung der Deutschen sehr bald nach dem Zweiten Weltkrieg, an der neuen Gemeinschaft der Europäer teilzunehmen - und das noch unter dem Eindruck der Gewalttaten an unseren Nachbarn.

Das Bewusstsein europäischer Schicksalsgemeinschaft ist aber auch die Quelle für die europäische Solidaritätsgemeinschaft.

Den Rechenkünstlern, die mit dem Hinweis auf mögliche, manchmal auch nur vermeintliche Belastungen der deutschen Steuerzahler gegen die deutschen Beiträge zur finanziellen Gesundung Europas zu Felde ziehen, sei gesagt, dass mit den Belastungen des einzelnen Bürgers Deutschland nicht an der ersten, sondern an der dritten oder vierten Stelle steht.

Mit der von der Bundesregierung mitgestalteten, nicht immer in der Methode, aber doch im Ergebnis von der Opposition unterstützten Europapolitik haben wir auf dem Wege zur Überwindung der Krise eine gute Wegstrecke zurückgelegt.

Wer jetzt stehen bleiben oder gar aussteigen will, oder wer andere auszuschließen beabsichtigt, macht alles zunichte, was wir unter großen Anstrengungen schon zustande gebracht haben.

Es scheint angemessen, dass wir uns jetzt Gedanken darüber machen, was notwendig ist, um zusätzlich zu den aktuellen Maßnahmen die Zukunft unseres Währungsraumes dauerhaft zu sichern.

Dazu gehört zuallererst, dass wir in Zukunft die getroffenen Vereinbarungen auch einhalten.

Dass Deutschland mit zu den Sündern gehört, weiß man in diesem Hause recht genau.

Nicht weniger wichtig ist die Erkenntnis, dass am Hause Europa weiter gebaut werden muss.

Zum richtigen Verständnis der für die Zukunft zu treffenden Entscheidungen gehört auch die richtige Einschätzung für die Gründe und die Auswahl des Zeitpunktes für die Einführung des Euro in der Europäischen Union.

Zwei Motive waren maßgeblich:

Das eine war ein ökonomisches.

Das andere ein politisches.

Ökonomisch war bedeutsam, dass bei der in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erkennbaren Einführung eines Gemeinsamen Binnenmarktes die Einführung einer gemeinsamen Währung als Garantie dafür galt, Kursmanipulationen als Mittel einzusetzen um eine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des gemeinsamen Finanzmarktes zu verhindern.

Wenn wir heute immer noch über höchst unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften innerhalb der Europäischen Union klagen, so ist das auch ein Ergebnis jahrelanger Bemühungen anderer Volkswirtschaften, ihre mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung zu verschleiern.

Mit der Beseitigung der Währungsmanipulationen wurde Deutschland als die stärkste und wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft zum Profiteur der neuen Entwicklung.

Es lohnt sich, daran gerade jetzt in unserem Land zu erinnern.

Vor allem diejenigen, die die Währungsunion als Last verstehen und nicht als Chance erkennen.

Das politische Motiv für den Schritt zur Europäischen Währungsunion war die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sich abzeichnende immer stärkerer Annäherung zwischen West und Ost.

Um den Eindruck neuer Äquidistanz zu West und Ost zu vermeiden, musste es gerade Ziel deutscher Politik sein, durch einen wichtigen Integrationsschritt die Festlegung auf das gemeinsame Projekt Europa zu bekräftigen.

Die Behauptung, die deutsche Zustimmung zum Euro sei der Preis gewesen für die Zustimmung der Europäer zur deutschen Einheit ist historisch falsch und für unsere Partner in der Europäischen Union beleidigend.

Schon der Blick auf den Kalender zeigt, wie geschichtslos und an den Haaren herbeigezogen diese Behauptung ist.

Als der Europäische Rat im Mai 1988 unter deutschem Vorsitz in Hannover die Öffnung des Tores zu Europäischen Währungsunion beschloss, hat keiner der Teilnehmer daran gedacht, dass am 9. November 1989 die Mauer in Berlin fallen würde.

Und ich, der ich mit meinem Memorandum vom 26. Februar 1988 die Entscheidung des Europäischen Rates im Mai eingefordert hatte, hatte den Beginn der Vereinigung für das kommende Jahr auch nicht im Auge.

Die Legende vom angeblichen deutschen Preis für die Zustimmung der anderen Europäer für die Wiedervereinigung ist deshalb so gefährlich, weil sie für das neue Europa eine zersetzende Wirkung entfalten kann, wie das nach dem Ersten Weltkrieg die Dolchstoßlegende für das Zusammenleben der Deutschen hatte.

Die Probleme, mit denen wir heute zu tun haben, liegen neben der zeitweiligen Vernachlässigung der eingegangenen Verpflichtungen in der Tatsache begründet, dass mit den Verträgen von Maastricht die Währungsunion begonnen, aber nicht vollendet war.

Weitere Schritte waren und sind notwendig.

Wir müssen sie jetzt, nach den nicht ausreichend genutzten 20 Jahren nachholen.

Auch in Deutschland hatten die unterlegenen Gegner der Währungsunion einen Teilerfolg in ihrem Sinne erzielt.

Sie hatten mit dem Popanz einer europäischen Wirtschaftsregierung in Brüssel jeden Schritt zu einer immer stärkeren Kohärenz in der Wirtschafts- Finanz- und Sozialpolitik als Sünde wider den Heiligen Geist diffamiert.

Eine Sünde, die es auf jeden Fall zu verhindern gelte.

Jetzt geht es darum, Mängel, verursacht von den Euro-Gegnern von damals, zu überwinden.

Ein wichtiger Schritte könnte die Einsetzung des von Finanzminister Schäuble ins Spiel gebrachten Finanzkommissars sein.

Wer dessen uneingeschränkte Sachkompetenz einschränken will, könnte das deutsche Modell heranziehen, das dem Finanzminister ein Einspruchsrecht gegen die Kabinettsmehrheit dann einräumt, wenn er in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler handelt.

Im Falle des Euro also in Übereinstimmung mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission.

Die parlamentarische Kontrolle könnte dem Europäischen Parlament übertragen werden.

Die Absicht der Bundeskanzlerin, die gegenwärtige Lage zu nutzen, um entschlossene Integrationsschritte zu tun und auch die Institutionen zu stärken, verdient nach meiner Überzeugung jede denkbare Unterstützung.

Solidarität unter den Mitgliedstaaten muss ihre Entsprechung finden in den Bemühungen aller Partner um Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und um das gemeinsame Bemühen um verstärkte und neue Wachstumsimpulse.

Meine Damen und Herren,

wir Europäer sind nicht allein auf dieser Welt.

Die zweigeteilte Welt, die bipolare Welt mit den Polen Washington und Moskau, ist Vergangenheit.

An ihre Stelle ist nicht die unipolare, die auf Washington fokussierte, von dort dominierte Welt getreten - die Welt also, die Präsident Bush dem jüngeren vorschwebte.

Heute wird der Begriff Welt zum ersten Mal in seinem vollen Inhalt erfasst und verstanden.

Welt - das ist nicht nur die westliche Welt, und auch nicht nur die Welt der nördlichen Halbkugel.

Was aber ist aus den beiden Polen der bipolaren Welt geworden?

Gewiss - die USA sind die wohl in jeder Hinsicht stärkste Kraft auch in der sich entwickelnden neuen Weltordnung.

Bill Clinton, der vielfach unterschätzte amerikanische Präsident, rief seinen amerikanischen Landsleuten vor einigen Jahren zu:

"Wir sind heute das in jeder Hinsicht stärkste Land der Welt.

Wir sollten diese Stärke nutzen, um eine Weltordnung zu schaffen, die überall als gerecht empfunden werden kann und in der wir uns als Amerikaner auch dann noch wohlfühlen können, wenn wir nicht mehr das stärkste Land der Welt sind. "

Das könnte früher möglich sein als manchem lieb ist.

Und in einem übertragenen Sinne gilt das auch für Europa.

Deshalb stellt sich hier eine gemeinsame Gestaltungsaufgabe mit den Nordamerikanern.

Die Sowjetunion gibt es nicht mehr und Russland kann den Platz nicht mehr einnehmen, den einst die Sowjetunion als Widerpart Amerikas inne hatte.

Aber eine Großmacht ist Russland auf jeden Fall - und dabei wird es bleiben.

Doch neue Kraftzentren sind hinzugetreten, nicht zuerst militärisch, wohl aber ökonomisch, finanziell, wissenschaftlich und kulturell.

China wird genannt, aber Indien darf darüber nicht vergessen werden.

Indien, das in 20 Jahren mehr Einwohner haben wird als China.

Brasilien, Indonesien, Japan sind Telefonnummern, die zu merken sich für jeden lohnt, der sich mit der Zukunft der Welt und nicht nur der nördlichen Welt befassen will.

Auch rückblickend kann man feststellen, dass es von einem hohen Maß strategischer Weitsicht zeugte, als in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts Helmut Schmidt, der damalige deutsche Bundeskanzler, und Valerie Giscard d'Estaing als damaliger französischer Staatspräsident, die Einrichtung eines Weltwirtschaftsgipfels vorschlugen, dessen Teilnehmer sich über ein gemeinsames Vorgehen in wichtigen weltwirtschaftlichen Fragen verständigen sollten.

Ganz unbefangen sprach man vom Weltwirtschaftsgipfel, obwohl die Teilnehmer alles andere als eine Repräsentanz der ganzen Welt darstellten.

So wie man ja auch in der Geschichtsschreibung ganz unbefangen vom Römischen Weltreich spricht und von anderen Weltreichen davor oder danach, obwohl sie immer nur Teilgebiete umfassten.

Doch immer waren es die dominierenden Teilgebiete der Welt ihrer Zeit.

Der Fall der Mauer, von den Deutschen als deutsches und von den Europäern als europäisches Ereignis verstanden, schob den Schleier zur Seite, der bis dahin über dem Rest der Welt - übrigens dem sehr viel größeren Teil der Welt - gelegen hatte. Seit dem und von jetzt ab unwiderruflich und unabänderbar geht es um die ganze Welt.

Technologische Entwicklungen im Bereich von Verkehr und Logistik, vor allem aber die Revolution, die das Tor zum Eintritt in das Informationszeitalter öffnet, haben der Menschheit die Einheit der ganzen Welt bewusst gemacht.

Sie gilt es zu gestalten.

Antworten für sachliche Teilgebiete gibt es.

UNO, OECD, Weltbank, Weltwährungsfonds, WTO und andere Einrichtungen zeugen davon.

Auch die G 7 bleiben, also die USA, Frankreich, England, Deutschland, Italien, Kanada und Japan.

Inzwischen sind die G 20 dazugekommen, aufkommende große Länder und wirtschaftliche Kraftzentren - aber das ist eine andere Neue Welt als einst die USA. Und sie alle sind zu globalen Akteuren geworden.

Sie alle werden gebraucht, wenn man die Verständigung über weltweit relevante wirtschaftliche oder finanzielle Fragen herbeiführen will.

Die ganze Welt ist bei sich selbst angekommen.

Keineswegs sind dabei die anderen Staaten, die mittleren und kleineren, zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Das beste Beispiel, was Gemeinsamkeit erreichen kann, ist die Europäische Einigung, ist die Europäische Union.

Sie ist zu einem globalen Faktor und Akteur geworden.

Sie steht nicht allein.

Weniger eng, aber doch immer dichter finden sich Staaten anderer Regionen zusammen.

ASEAN in Südostasien, Mercosur in Lateinamerika, der Golfkooperationsrat, die Staaten Zentralamerikas, und, und, und.

Die Welt ordnet und fügt sich neu zusammen.

Die Europäer dürften in einer solchen Lage mit Dankbarkeit und auch mit Stolz feststellen, was ihnen die Gründergeneration aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinterlassen hat:

Die Europäische Gemeinschaft und aus ihr geboren die Europäische Union. Sie war zunächst gedacht als eine Antwort auf die Irrwege der europäischen Geschichte, auf die europäischen Bruderkriege des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, auf den Ersten Weltkrieg im 20. Jahrhundert und in der unbedingten demokratischen Verfasstheit und der unbedingten Verpflichtung auf Menschenrecht und Menschenwürde als Reaktion der EG auf die Schreckensherrschaft Hitlerdeutschlands.

Heute wissen wir: Sie gaben auch eine Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Neugestaltung der Welt, des Zeitalters der Globalisierung.

Die Gründergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg machte Europa damit zur Zukunftswerkstatt nicht nur für unseren Kontinent, sondern für die ganze Welt. Hier liegt im 21. Jahrhundert die Zukunftsmision Europas, aber es ist auch die Zukunftschance dieses Kontinents.

Es gibt keine entfernten Gebiete mehr und die Welt ist immer mehr zusammengerückt.

Ereignisse irgendwo in der Welt können eigene Interessen unmittelbar berühren. Eine Hypothekenkrise in den USA hat Wirkungen bis in das letzte märkische Dorf.

Das Wohlergehen anderer ist wichtig für das eigene Wohlergehen.

Der Begriff der globalen Interdependenz der gegenseitigen Abhängigkeit allein eröffnet den Zugang zur Lösung der Probleme, denen wir uns weltweit gegenüber sehen.

Immer offenkundiger wird auch, dass globale Kooperation nur dort möglich ist, wo man sich zur Anerkennung der Gleichberechtigung und der Ebenbürtigkeit entschließt.

Sich gegenseitig ernst zu nehmen, die eigenen Interessen auch im Spiegel der Interessen anderer zu definieren ist notwendig.

Sie ist unverzichtbar für die den Frieden sichernde Staatskunst im 21. Jahrhundert.

Um es anders auszudrücken: In dieser neuen, immer enger zusammenwachsenden Welt ist jeder jedes Nachbarn geworden.

Man kann im Zeichen globaler Interdependenz nicht mehr auskommen ohne den Willen zu globaler Verantwortung.

Immanuel Kant hatte uns einst zugerufen, wir sollten bei jeder unserer Handlungen die Auswirkungen auf andere Menschen bedenken und das zum Maßstab eigenen Handelns machen.

Er verdichtet das später - so als habe er die interdependente Welt unserer Zeit schon vor Augen gehabt hin - zu der Idee, das internationale Recht der Staaten zum Recht der Individuen, also zu einem Weltbürgerrecht, zu machen.

Dieser, sein kategorischer Imperativ, gilt heute auch in neuen Dimensionen.

In der Dimension der Völker *u n t e r e i n a n d e r* - das ist die globale Dimension - und in der Dimension der Generationen *n a c h e i n a n d e r*.

Diese Dimension als Gebot der Nachhaltigkeit hat uns der deutsch-jüdische, der deutsch-amerikanische Philosoph Hans Jonas hinterlassen in seinem großartigen Werk "Verantwortung", in dem er das Postulat der Nachhaltigkeit formuliert.

In der Zukunftswerkstatt Europa wissen wir, dass die Einigung erst möglich wurde, als das Vormachtstreben aufgegeben wurde.

Was für Europa richtig ist, kann für die Welt nicht falsch sein.

Im Gegenteil, es ist für die Gestaltung der neuen Weltordnung von entscheidender Bedeutung, dass sich die Rivalitätsmodelle der europäischen Geschichte nicht im Weltmaßstab wiederholen.

Die Folgen könnten unter den Voraussetzungen der Globalisierung, verstanden als globale Interdependenz und globale Vernetzung, verheerend sein.

Die dabei erforderlichen globalen Antworten setzen voraus, dass es nicht zu neuen Rivalitäten zwischen den globalen Akteuren kommt.

Deshalb ist die Absage an Vormachtstreben und die Hinwendung zu einer neuen Kultur des Zusammenlebens, wie sie die Zukunftswerkstatt Europa nun schon seit Jahrzehnten praktiziert, dringend notwendig.

Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts treffen wir auf eine Welt großer und offener Fragen, die zu beantworten verlangt Vertrauensbildung, Kooperationsbereitschaft und Absage auf einseitige Vorteile im Sinne hegemonialer Bestrebungen.

Und wiederum bietet die Zukunftswerkstatt Europa nicht nur den Erfolg eines Laborversuches, sondern die Ergebnisse eines jahrzehntelangen erfolgreichen Feldversuches an.

Heute ist Deutschland als Teil der Europäischen Union und als Partner im westlichen Bündnis aufgerufen, mit seinen Ideen und mit seinen Erfahrungen aus der Zukunftswerkstatt Europa den Weg zu einer globalen Friedensordnung aufzuzeigen, die überall in der Welt als gerecht empfunden werden kann.

Das verlangt, für alle Teile der Welt die Chance für eine menschenwürdige Gesellschaft zu eröffnen.

Ludwig Erhard, der das Scheitern der Weimarer Republik miterlebt hatte, wusste, warum er nach dem Zweiten Weltkrieg seine Marktwirtschaft als eine Soziale Marktwirtschaft verstand.

Und die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes wussten auch, warum sie den neuen Staat der Deutschen nicht nur als freiheitlichen Rechtsstaat definierten, sondern auch als sozialen Rechtsstaat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
der Prozess der Globalisierung schreitet fort.

Unaufhaltsam.

Zu entscheiden, wie er verläuft, ist die Gestaltungsaufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Jetzt, in der Zeit unserer Krise, blickt die Welt auf Europa.

Auf den Kontinent also, der bisher die Aufgabe seiner eigenen Neugestaltung gemeistert hat.

Gewiss, die Probleme, die wir heute in Europa zu lösen haben, sind die schwierigsten seit Gründung unserer Europäischen Gemeinschaft.

Aber zu meistern sind sie.

Und wahr ist auch, große Probleme gibt es auch in den anderen Regionen der Welt.

Wie groß sie in den USA sind, wird man unmittelbar nach den amerikanischen Wahlen vernehmen.

Aber Probleme gibt es eben nicht nur in der westlichen Welt.

Wir, die heute Lebenden, und alle, die heute Verantwortung tragen in Europa, werden von der Geschichte danach beurteilt werden, ob sie die Zukunftswerkstatt Europa weiter ausgebaut und entwickelt haben oder ob sie dem Versuch erlegen sind, das Heil der Zukunft in der Flucht in die Fehler der Vergangenheit zu suchen. Denken wir zurück an das Jahr 1989, als die Völker Europas so einig waren in ihren Wünschen und Hoffnungen, in ihrer Sehnsucht und ihrem Freiheitswillen wie niemals zuvor.

Die Kraft und die Zuversicht, die uns damals erfüllte, brauchen wir auch jetzt, wenn wir uns des Vermächtnisses von damals würdig erweisen wollen.

Deutsche Verantwortung ist es, sich in dieser Lage als das europäische Deutschland zu bewähren.

Ein Deutschland, das in die Selbstisolierung fliehen würde, wäre bald sehr, sehr einsam.

Es würde kalt, eiskalt werden für das Land in der Mitte Europas, für das Land mit den meisten Nachbarn.

Den Zweiflern, den Kleinmütigen sei gesagt: An Deutschland darf Europa nicht scheitern!